

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ersteinst

Wöchentlich 8 mal und gelant Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 Mk. 20 Pf. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 3 mm hohe (Pettl)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Adressen, Reklamen kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Maß, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehöhe für Inseraten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbelegen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 137.

Donnerstag, den 19. November 1925.

18. Jahrgang.

Fremde in der Not
Sehn zehn auf ein Lot;
Und sollen sie behilflich sein,
Sehn zehn auf ein Quentelein.

Die Krisen im Osten.

Nun hat auch die Tschechoslowakei ihre Kabinetskrisis. Das Kabinett Beneš ist nach Abschluß der Parlamentssitzungen zurückgetreten und der Präsident hat die Demission angenommen. Man wird diesem Rücktritt allerdings nur eine formale Bedeutung beimessen dürfen. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Kabinett mit geringfügigen Änderungen wiederkehren wird. Tatsächlich hat auch die Partei des Ministerpräsidenten, die tschechischen Agrarier, sehr gut abgeschnitten. Sie ist nach den Wahlen die stärkste Partei geworden und hat die tschechische Partei waren, überfüllt. Die Verluste der Sozialdemokratie sind den Kommunisten zugute gekommen, die eine starke Zunahme zu verzeichnen haben und an die zweite Stelle gerückt sind.

Ausgeschnitten haben auch die Nationalsozialisten den Außenminister Beneš angehört, und die Sozialisten, während die Nationaldemokraten (Partei Ramarich) empfindliche Verluste erlitten. Unter den deutschen Parteien, die im allgemeinen ihren Bestand behauptet haben, haben die Christlich-Sozialen am ehesten besondere Erfolge erzielt. Die Deutsche Nationalpartei, deren Führer Raßma in Karlsbad gewirkt wurde, hat im Elsaßlande einen bedeutenden Aufschwung genommen.

Bei der Parteizersplitterung, die in der Tschechoslowakei infolge des Nationalitätenwirrwarrs noch größer ist als bei uns, kommt natürlich nur wieder eine Koalitionsregierung in Frage. Man nimmt an, daß die bisherigen fünf Regierungsparteien noch die neu aufgetretene Gewerbetarierpartei, die sehr gut abgeschnitten hat, in ihre Koalition hineinziehen werden. Eine Änderung ist jedenfalls weder in der inneren noch in der äußeren Politik zu erwarten. Insbesondere ist damit zu rechnen, daß die Außenpolitik weiter von Beneš geleitet werden wird, der sich unkränkelnd als einer der geschicktesten Diplomaten Europas erweist hat.

Während somit von der Regierungsumbildung in der Tschechoslowakei internationale Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind, liegen die Dinge bei unseren anderen Nachbarn im Osten, in Polen, bedeutend komplizierter. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Grabstki schienen sich in Warschau Zustände entwickelt zu wollen, die an die Zeiten des einstigen polnischen Reichstags erinnern. In dem Kampf um die Macht scheint der frühere Präsident der Republik, Marschall Pilsudski, eine recht eigenartige Rolle zu spielen. Er hat vom Staatspräsidenten Wojciechowski, seinem Nachfolger, unerwartet einen Besuch abgefaßt und dabei, angeblich im Namen der Armee, eine ziemlich deutliche Warnung an ihn gerichtet. Er erklärte, daß man sich in der jetzigen Krise nicht über die Interessen der Armee hinwegsetzen dürfe. Die Armee dürfe nicht zum Handelsobjekt für den Ehrgeiz irgendwelcher Generale oder Abgeordneter gemacht werden. Wenn es sich auch von selbst versteht, daß der Gehorsam in der Armee aufrecht erhalten werden müsse, so sei es andererseits doch notwendig, der Armee gegenüber erklären zu können, daß Männer, die sich um die Armee verdient gemacht haben, auch bei der Befehlsgebung des Vorgesetzten, dem die Vertretung der Armee vor dem Landtage obliegt, entsprechend berücksichtigt werden.

Wenn sich auch Pilsudski weigerte, einen bestimmten Kandidaten für den Posten des Kriegsministers vorzuschlagen, so wird man doch in seiner Warnung einen Wind mit dem Zaunpfahl sehen dürfen, daß er selbst auf den Posten des Kriegsministers Anspruch erhebt. Mindestens aber wollte er die Befehlsgebung des Kriegsministeriums mit seinem persönlichen Gegner Skorski verbinden. Anzudeuten hat der Staatspräsident den bisherigen Außenminister Grafen Strzyński mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Angesichts der scharfen Kritik, die Außenpolitik dieses Mannes im Sejm erfahren hat, bleibt abzuwarten, ob es ihm gelingen wird, ein lebensfähiges Kabinett zu bilden.

Die Räumungsnote.

Räumung Kölns bis spätestens 20. Februar.
Nach Abschluß des Kabinettsrats vom Montag traf in Berlin eine Note der Botschafterkonferenz ein, die die Kölner Räumungsfrage betrifft. Es wird darin zunächst festgelegt, daß die Besprechungen mit der deutschen Regierung es ermöglicht haben, zu einer Einigung über die noch offenen Punkte zu gelangen. Uebrig seien nur noch einige näher bezeichnete Verpflichtungen. (Wie deutscherseits dazu bemerkt wird, handelt es sich um den Geleitzug über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgut und um den Geleitzug über den Wasserweg.) Die Note erklärt dann weiter, daß die alliierten Regierungen beschloffen haben, ohne die volle Durchführung dieser Verpflichtungen abzuwarten, zur Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone, der sogenannten Kölner Zone, zu schreiten. Dann heißt es weiter:

Die zur Räumung erforderlichen Maßnahmen werden mit möglicher Schnelligkeit durchgeführt werden, um die Räumung im Laufe des Monats Januar beenden zu können. Sollte infolge von zu ernstlichen Schwierigkeiten die Räumung trotzdem nicht bis zum 31. Januar vollständig durchgeführt werden können, so werden alle Maßnahmen getroffen werden, damit zu diesem Zeitpunkt der größte Teil der Truppen und Dienststellen die Kölner Zone verlassen hat, und die Zahl der dann noch zurückzubehaltenden Einheiten so beschränkt wie möglich ist; für diesen Fall ist der 20. Februar als der Zeitpunkt vorgesehen, an dem die Räumung beendet sein wird.

Die Note verweist ferner, daß die deutsche Regierung bei der Durchführung des vereinbarten Programms die vollste Unterstützung der Kontrollkommission finden werde. Dann heißt es:

Die Kommission, deren Stärke schon jetzt erheblich vermindert werden kann, wird vollständig zurückgezogen werden, sobald sie die von ihr somit noch zu erfüllende Aufgabe hat in die Wege leiten können.



Die Kölner Zone, deren Räumung am 1. Dezember beginnt.

Die Locarno-Vorlage.

Entscheidung nach Anhörung der Ministerpräsidenten.
Das Reichsministerium hat unter Vorsitz des Reichspräsidenten die Beratungen über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen wurde beauftragt, die erforderliche Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften auszuarbeiten. Die Beschlussfassung über die Vorlage wird nach der für Donnerstag einberufenen Kon-

ferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen.

Von zuständiger Stelle wird hierzu die Stellungnahme handelt. Wie schon aus dem Text der Mitteilung hervorgeht, wird die Beschlussfassung der Sache nach und über die Einzelheiten erst nach der Konferenz der Ministerpräsidenten in Betracht kommen. Die Ministerpräsidenten sind im Hinblick auf die Einmündung der Räumungsfrage hier nicht nur um das greifen. Es handelt sich hierbei nicht nur um das greifen. Es ist verständlich, daß die Entscheidung der Reichsregierung nicht leicht zu fassen ist, und zwar nicht etwa wegen Locarno — die Regierung hält beachtlich das Locarnoer Vertragswerk für gut und im Interesse der Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes gelegen — sondern vielmehr wegen der Rückwirkungen, die in der Note der Alliierten nicht in dem erwarteten Maße und nicht in der Präzision angeklagt worden sind. Trotzdem hat die Regierung geglaubt, einen zumstimmenden Beschluss fassen zu sollen, da Locarno ja nicht das Ende, sondern der Anfang einer langen Entwicklungszeit sein soll, und deshalb hat sie sich entschlossen, das Vertragswerk in der vorliegenden Form zu Ende zu führen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 19. November 1925.

Polizeibericht v. Seißer und die Buchpläne.
Der bayerische Polizeibericht v. Seißer und der bayerische Polizeibericht v. Seißer veröffentlicht eine Erklärung, in der er feststellt, daß an Oberst von Seißer 1. von keiner Seite die kritische Frage, ob ein Staatsstreik in Bayern auf dem Wege frühzeitigender Fuldung durch die maßgebenden Behörden oder vielmehr auch mit ihrer ausdrücklichen Kooperation, friedlich und ohne gewaltsamen Aufbruch gemacht werden könne, über eine dem Sinn nach ähnliche Frage gerichtet worden ist, 2. daß Oberst v. Seißer infolgedessen auch niemand von einer Unterredung Kenntnis gegeben hat und geben konnte.

Wiederaufnahme der Untersuchungen der Stargarder Eisenbahnkatastrophe.
Das deutsch-polnische Schiedsgericht hat die Untersuchungen über die Ursache der Stargarder Eisenbahnkatastrophe wieder aufgenommen. Der Schiedsgerichtshof, dessen Vorsitzender bekanntlich der dänische Generalkonsul in Danzig, Koch, ist, hat in der vorigen Woche in Königsberg getagt, das einschlägige Material der dortigen Reichsbahndirektion zu prüfen. Gegenwärtig findet in Stargard ein Solaltermin in Verbindung mit Zeugenvernehmungen statt. Im Anschluß tritt der Schiedsgerichtshof in Danzig zusammen.

Stempelfreiheit der Vollmachten in Aufwertungsfragen.
Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erlännt der Preussische Finanzminister in einem Erlaß im Einverständnis mit dem Justizminister an, daß die Forderung des Stempels der Tarifstelle 19 des Landstempelsgesetzes zu Vollmachten zur Vertretung vor den Aufwertungsstellen sich nicht aufrecht erhalten läßt. Da es sich im Aufwertungsverfahren um Streitigkeiten solcher Art handelt, die grundsätzlich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung zum Austrag gebracht werden müßten und nur durch die Sonderregelung des Aufwertungsgesetzes dem ordentlichen Prozessverfahren entzogen sind, ist stinngemäß die Befreiungsvorschrift des Abs. 7a der Tarifstelle 19 auch auf diese Vollmachten anwendbar.

Kirche und Schule.

Erinnerungsfeier an das Konzil von Nicäa.
Anlässlich des 1600jährigen Jubiläums des Allgemeinen Kirchenkonzils von Nicäa wurde in Rom eine kirchengedächtniswoche abgehalten, die einen gewaltigen Andrang von Pilgern und Gläubigen brachte. Im Dome St. Peter wurde in Gegenwart des Papstes und der Kardinäle ein feierliches Pontifikalamt im griechisch-byzantinischen Ritus nach der Liturgie des heiligen Kirchenvaters Johannes Chrysostomus von Stern der verschiedenen orientalischen Riten dargebracht. Dem Gottesdienst wohnte auch Zar Ferdinand von Bulgarien mit seiner Tochter und seinem Schwiegersohn, dem Herzog Albert Eugen von Württemberg, bei. Auch Prinz Alfons von Spanien, der Infant von Spanien und die Infantin sowie das nahezu vollständige diplomatische Korps waren zugegen.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. November 1925.

Es bleib' kalt. Datt der g'frige Frankfurter Winter angedündigt, so folgte abends in der ganzen Nacht über und heute morgen anbielt. Der die ganze Nacht über und heute morgen anbielt. Der die ganze Nacht über und heute morgen anbielt. Der die ganze Nacht über und heute morgen anbielt.

Kirchenaustritt. Es ist eine weit verbreitete Meinung, daß in den letzten Jahren Uebertritte zur katholischen Kirche in großer Zahl stattgefunden haben. Die evangelische Kirche angeblich durch Austritte der Mitglieder. Zunächst ist festzustellen, daß die Kirchenaustrittsbewegung die katholische und evangelische Kirchen in der gleichen Weise berührt hat. Die genaue Zahlen der Uebertritte von der evangelischen zur katholischen Kirche seit 1910 werden jedoch von der katholischen Kirche nicht bekanntgegeben. Danach sind in dieser Zeit in jedem Jahre mehr Katholiken protestantisch geworden als umgekehrt. Im letzten Jahre gab es bei den Katholiken auf 100.000 Personen 49.41 Uebertritte zur evangelischen Kirche, während bei den Evangelischen auf 100.000 Personen 19.01 Uebertritte zur katholischen Kirche zu verzeichnen sind.

Kassell Ein Gartenlauben-Schreck in Haft. Die Kasseler Polizei hat einen Mann festgenommen, der vor einiger Zeit von einem Außerkommando der Strafanstalt Lüneburg entlassen wurde, und seitdem sich in Kassel herumtrieb. Nach dem Verhör wurde er in den Lauben der jetzt vereinigten Schreiber-Gesellschaft und dabei stahl er allenthalben, was dort aufbewahrt wurde. Vorgefunden wurde noch bei ihm ein großes Damenleinenmännchen, eine Bluse, eine blaue Strümpfe, ein dunkelbrauner Herrenrock, eine dunkelbraune Weste, ein heller Mantel, alles Sachen, deren Eigentümer ihre Rechte in Zimmer 39 der Kriminalpolizei umgeltend machen wollen. Der Dieb gelangt in die Haft, aus einer Laube in der Nähe des Marienkrankenhaus, teils aus einer alten Kammer hinter dem Wilhelmshof, teils aus einer alten Kammer hinter dem Wilhelmshof, teils aus einer alten Kammer hinter dem Wilhelmshof, teils aus einer alten Kammer hinter dem Wilhelmshof.

Die Wintervollversammlung der Handwerkskammer am Montag früh 10 Uhr in der Halle zusammen. Vom 19.—22. November findet im Arbeiter-Fortbildungszentrum eine große Ausstellung deutscher Felle und Pelze statt, die von der Selbstwertung Kassell G. m. b. H. n. u. dem Kasseler Pelzwaren-Verband veranstaltet wird. In Zusammenhang mit der Ausstellung sei noch mitgeteilt, daß bei der Vorfeier der „Wochenzeitung“ von den Mitgliedern des Evangelischen Jugendvereins Wartburg G. M. B. H. gespielt wird. Die Rolle des „H. M.“ wurde von Prinz Ernst und die des „Hoyer“ von Ernst Schäfer erfolgreich ausgeführt.

Glücksberg. In der Kirche im benachbarten Dohrenberg entstand ein Brand, der binnen wenigen Stunden die ganze Kirche den Kirchturm mit der Glocke und die Glockenstuhlwerke vernichtete. Nur die Umfassungsmauern stehen noch. Ein fürchterliches Gerölle entstand, als der Kirchturm mit der großen Glocke in sich zusammenbrach. Ueber die Entstehungsurache ist näheres nicht bekannt.

Kreuzstadt b. Coburg. Eines der ältesten und bestkundlichen Industrie-Unternehmen des fränkischen Oberlandes, die Firma W. Oscar Arnold — Inhaber des Kommerzienrats und Mitglied des bayerischen Landtages — Holz-, Metall- und Kramerei-Weise, hat bei ihren Gläubigern um ein Moratorium im Wege der Geschäftsaufsicht nachgesucht. Das Werk beschäftigt sonst 1000 Arbeiter, jetzt ist ganz beschränkt zugeht.

Aus Stadt und Land.

Revolvertatt eines Abgewiesenen. Der Norden Berlins ist abermals der Schauplatz eines Schredens ereignisses. Ein 30 Jahre alter Monteur suchte seinen ihm getrennt lebende 32 Jahre alte Ehefrau aus und hat sie, zu ihm zurückzuführen. Als sie die ihn nicht erfüllen wollte, zog er einen Revolver hervor und steckte die Frau durch zwei Schüsse nieder. Die in dem Raum anwesende Ehefrau wurde durch den Schuß selbst eine Kugel in den Kopf. Alle drei Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Während einer Verurteilung eines Einbrechers heimlich. In die Wohnung eines ehemaligen russischen Offiziers in Berlin drangen Einbrecher, während der Inhaber zur Verurteilung eines Angehörigen aus dem Friedrichshof weckte. Den Dieben fiel reichlich Beute in die Hände. Von dem Tische, der zu dem Trauermahl gedeckt war, räumten sie das ganze Silberzeug ab; dem Offizier stahlen sie alle Orden aus Gold und Silber. Ein Silberkasten, den die Einbrecher mitnahmen, ist mit einer Stadtpolizei gesichert.

Wie man in zwei Stunden vierzig Mark verdient. Ein schlauer Berliner Zeitungsmann verfiel auf den Gedanken, sich als „Kriegsblinder“ zu verkaufen und durch Betteln an einer Straßenecke festzusetzen, was bei diesem Geschäft herauskomme. Als er, von einem Kranken begleitet, an einer verkehrsreichen Ecke ankam und dort Aufstellung nahm, kam alsbald ein anderer „Kriegsblinder“, der in unmittelbarer Nähe des Bellschlag hatte, auf ihn zu und fragte, aufworauf er

„Wozu, was ist es denn eigentlich hier?“ Der betretende Journalist bemerkte lächelnd: „Na, Junge, ich dachte, du wärst blind.“ — „Ja, werde ich die Konturrenz doch nicht blind sein“, bemerkte dieser, „du bist wohl ganz und gar verblüht.“ Der Journalist blieb nun etwa zwei Stunden lang auf seinem Platze und ließ sich dann wieder nach Hause führen. Dem Ansehlichen Dame bemerkten Almosen ergab sich, daß er in dieser kurzen Zeit rund vierzig (40) Mark erhalten hatte. — Das Geschäft lohnt sich prächtig!

Wieder nach einjähriger Kriegsfangenschaft. Friedrich ging eine Weile durch die Presse, daß ein ehemaliger deutscher Kriegsgesangener in Aufbruch nach 11jähriger Gefangenschaft nach Deutschland zurückgekehrt sei. Dem Berliner Auswärtigen Amt hat dieser zu Protokoll gegeben, daß er seit Jahren gemüht habe, daß sein Abreisepass nach Deutschland durchaus möglich sei. Er habe aber in Städten geheiratet und 5 Jahre lang den Befehl gehabt mit seinen Angehörigen in Deutschland einzufahren. Die wirtschaftliche Not habe ihn jedoch veranlaßt, sich um seine Rückkehr zu bemühen.

Die Autographen-Schätze des Dr. Hand. Das Schöffengericht in Berlin-Charlottenburg begann die Verurteilung gegen den Privatgelehrten Dr. Hand und gegen den Kaufmann Hagenbach. Hand wirkt die Anklage vor, werwolle Autographen, darunter zahlreiche Dokumente von hohen geistlichen Würtern, 3 B. Briefe Friedrichs des Großen und von Kaisern und Königen des 19. Jahrhunderts entwendet zu haben. Eine größere Anzahl von Urkunden ist in der Wohnung der Angeklagten und auch in einem Tresor einer Bank beschlagnahmt worden.

Entdeckung eines Attentats. In Leipzig ist es der Polizei gelungen, einem Attentat auf die Spur zu kommen. Einige junge Leute hatten vor einiger Zeit beabsichtigt, die Synagoge in die Luft zu sprengen. Die Tat sollte ursprünglich am Reichstriebsgericht ausgeführt werden, wurde dann aber auf einen später noch zu vereinbarenden Zeitpunkt verschoben. Zwei Personen wurden von der Kriminalpolizei verhaftet. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die beteiligten, ein 22jähriger Goldschmied und ein 26-jähriger Landwirt, wurden festgenommen. Eingehende Untersuchungen sind noch im Gange.

Explosion in einem Laboratorium. Im Institut für organische Chemie der Technischen Hochschule in Hannover ereignete sich eine Explosion, durch die ein Vorrichtungsschiff, Dr. Abbrand, sehr schwer an ganzen Körper verletzt wurde. Dr. Abbrand bereitet eine Kältemischung aus Schwefelkohlenstoff mittels flüssiger Luft nach einer allgemein bewährten Laboratoriumsvorschrift. Da er ein bereits erfahrener Chemiker ist, und die Vorschriften genau kannte, wird angenommen, daß er mit aller Vorsicht verfuhr, sodaß über die Ursache der Explosion gegenwärtig nichts gesagt werden kann.

Zu dem Autounfall des Kruppischen Ehepaars. Herr Krupp von Bohlen und Halbach und Frau haben in Epe in Westfalen einen schweren Autounfall erlitten, bei dem der Führer tödlich verletzt wurde. Die beiden Eheleute haben einige Verletzungen erlitten, die jedoch nicht sehr gefährlich zu sein scheinen. Reichsfeldzer Dr. Luther hat Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach anlässlich seines schweren Automobilunfalls in herzlichsten Worten telegraphisch die besten Wünsche für baldige Wiederherstellung ausgesprochen.

Schaden am Kölner Dom. In dem Monumentalturm des Kölner Doms sind erhebliche Schäden festgestellt worden, deren Beseitigung möglichst bald notwendig ist. Eine Untersuchung hat ergeben, daß für die Erhaltung dieses größten Nationaldenkmals am Rhein bedeutende Geldmittel notwendig sind, die man durch eine Kölner Dombauloterie aufzubringen hofft.

In die Heimat überführt. Die Leiche des erlöschenden deutschen Kampffliegers im Weltkrieg, des Reichern v. W. ist nach Deutschland übergeführt. In Karlsruhe, Bruchsal und Heidelberg sind auf den Bahnhöfen, die der Zug mit dem Toten berühren wird, besondere Trauerfeiern geplant.

Unterfischung eines Bankinhabers. Der gestrichelte Inhaber des Bankgeschäftes Scherer und Haselmeier in Nürnberg, der Bankier Karl Scherer, hat Depo-Unterfischungen und andere strafbare Handlungen begangen. Die unterfischungen Geldbeträge gehen, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, weit über 100.000 Mark hinaus. Der in dem fraglichen Bankgeschäft als Prokurist tätige Vater des Karl Scherer sowie der gleichfalls dort beschäftigte Bruder wurden wegen Verdachts der Mitbeteiligung verhaftet.

Wohnsitzung im Bergwerksgebiet. Auf verlassenen Gruben des Saargebietes sind durch den Raubbau der französischen Verwaltung mehrfach erhebliche Wohnsitzungen eingetreten, besonders bei Pöhlnerfeld. In Schnappach ist ein Weg in einer Länge von etwa 5 Metern und in einer Breite von 80 Zentimetern etwa 7 Meter tief eingegraben, sodaß die anliegenden Häuser sich zusammenzubröckeln drohen und bereits gestürzt werden mußten. Da die Bergwerksverwaltung die Ausbeutung der betreffenden Kohlenflöze nicht eingestellt hat, muß mit einem plötzlichen Zusammenbruch der Häuser gerechnet werden.

Der Einbrecher im Zylinder. In München wurde ein Einbrecher erfaßt, als er in einer Villa einen Geldschrank zu erschließen versuchte. Der Dieb trug einen Smoking, Zylinder und Laufschuhe. Die Polizei entwarf ihn als einen 25 Jahre alten Bader aus Berlin-Neukölln. Der „Kavalier“ gefand. Einjährige verbißt zu haben, bei denen er für 600.000 Mark Schmuckstücke erbeutete, darunter eine lange Perlenkette mit 342 echten Perlen. Von diesen Perlen wurden bisher noch nichts gefunden.

Das Eisenbahnunfall in Bellinzona. Bei dem auch der deutsche Staatsminister Dr. Helfferich auf seiner Mutter das Leben einbüßte, wird in den nächsten Tagen im Gerichtsgebäude in Bellinzona ver-

urteilt werden. Am Freitag, vier der einundzwanzigste des Es liegen verschiedene Sachverständigenurteile der Schwurgerichte und Anklagen vor. Die Gewerkschaft der Schweizerischen Eisenbahner hat durch einen deutschen und einen belgischen Sachverständigen ein Parteigutachten ausarbeiten lassen. Die Liste der vorgeladenen Zeugen ist ziemlich umfangreich.

Verurteilung des Hofrats-Singel. Der einjährige Bett wurden in Luzern am Gemeindefest ausbeutet. Durch die der Luzernerische Staat um große Summen beschlagnahmt wurde. Die Untersuchungen ergaben, daß auch große Unvollkommenheiten nach Deutschland geschickt wurden. Einige Beamte sollen indirekt Hilfe geleistet haben. Die Kriminalpolizei hat eine Anzahl von Verhaftungen vorzunehmen.

Der Sinn der Trauer.

(Zum Totensonntag.)

Woher findet der Schmerz seinen Weg, dorthin, wo es sich so gut auszuweisen läßt: zu der Stätte, da das Leben und Beste ruht, das so früh aus unserer Mitte hat scheiden müssen: Wieder schmerzen, das uns die Natur noch geben kann und wieder so tief und wehmütig spricht der Friedhof sein ernstes, „Denk daran!“ Jemandem kommt auch dein Tag, da alles beendet sein wird. Jemandem auch —

Und wieder werden Wunden aufgerissen, die nur schwer oder gar nicht vernarben wollen. Niemandem ist unser geistiges Auge auch auf den unheilvollen Tag, da die Schätze irdischer Panatzen den entsetzlichen Weltbrand entzünden. Niemandem werden wir den Blick, traumhaft, auf die Opfer des langwierigen Brandes. Tod kennzeichnet seine Spur. Der Mistrom von Strajewo schwoh zu einem Meer von Tränen und Tränen. Die Deutschen trauern um Millionen unserer besten Volksgenossen.

Ist das Blut auf den Schlachtfeldern wirklich vergessenes geblieben? Waren die Leiden deutscher Frauen und Kinder, die unter Hunger und Entbehrungen seufzten oder an gebrochenem Herzen zugrunde gingen, wirklich nutzlos? Kämpfen die deutschen Brüder im Ausland und an Rhein und Ruhr wirklich umsonst für ihr Deutschland? Nein! und abemals nicht! Die heilige Flamme der Begeisterung, die 1914 die deutschen Regimenter flugend in das feindliche Feuer hinausführte, bereit, ihr Leben für die Freiheit des Heimatbodens und der kommenden Generation hinzugeben, sie ist nicht tot.

Unsere Klage, unser Weh, so herb sie auch sein mögen, sind keine Trauer der Hoffnungslosigkeit. Der Tod ist nur ein Wechsel zum Höheren, zum Schöneren. Sie, die uns diesen Weg, den wir alle gehen müssen, vorausgegangen sind, sie sind nur dem Leben nach tot. Ihre Seele aber lebt weiter als ewiger, göttlicher Geist.

Der Unglaube höhnt: „Es gibt kein Wiedersehen! Mit dem Tode ist alles dahin!“ O, armer, armer Mensch! Wäre es wirklich so, was die Gottlosen behaupten, dann wäre der Mensch tausendmal ärmer als der Schmetterling, der sich selbst auf der Blume wiegt und nichts weiß von Sterben und Vergehen! Welchen Sinn hätte eigentlich dieses irdische Dasein, wenn mit dem irdischen Tode wirklich alles abgeklungen ist? Nur etwa den Sinn, daß wir dazu da sind, uns Jahrzehnte lang abzumühen, zu quälen und zu kämpfen und schließlich nach den vieltausendfältigen Sorgen, Enttäuschungen und Drangsalen die Augen zugumachen und wertlos in Staub und Asche zu verfallen? —

Nein! Tausendmal nein! Das entspricht nicht den herrlichen, weisen Gesetzen des ewigen Schöpfers. Ohne die Aussicht auf ein höheres Leben wäre die irdische Dasein auch der letzte Rest einer Zwecklosigkeit genommen. Wir wären des letzten und wertvollsten Profites beraubt. Gabe es kein höheres Leben, keinen überirdischen Richter, keine ewige Gerechtigkeit, dann müde dieses Erdenleben doch im wahren Sinne des Wortes nur ein Trübsal für die Schlechten und Gemeinheitslosen, die uns hier auf Erden Leid und Unrecht zugefügt haben.

Es gibt ein Ewiges, ein Göttliches! — Wie eine seltsame Offenbarung klug diese Zuversicht in den Saiten der irdischen Seele und alle ein erklärendes Leuchten liegt die irdische, herrliche Hoffnung über den Friedhöfen und Grabkreuzen. Solange es Menschen gibt, werden die Tränen des Schmerzes heiliges Anrecht bleiben, denn Trennung tut weh. Aber unser Schmerz wird ein heiliges Tragen und Geben bleiben, wir mit unserm Leben und Lieben in einer schöneren Heimat wissen, die unser aller Ziel und Weg ist.

Dr. Wirth über Locarno.

Der Kasseler Parteitag.

In der Ausdrucksweise über die Referate zur politischen Lage ergreift auf dem Zentrumsparteitag in Kassel Reichsfeldzer a. D. Dr. Wirth, der von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde, das Wort zu längeren Ausführungen über die Außenpolitik. Er erklärte u. a.: Er beneide seine politischen Freunde durchaus nicht, die das politische Experiment mit den Deutschen Nationalen gemacht hätten. Was bedeute denn für uns Locarno? Wer nach Locarno ging, wäre verpflichtet gewesen, diese Linie einzubehalten, auch wenn nicht alle Hoffnungen, die daran geknüpft wurden, sich als erfüllt eingestellt hätten. Die Frage sei:

Wer geht mit uns den Weg von Locarno? Und die Antwort darauf: „Das republikanische Deutschland allein ist in der Lage, die Kräfte zu stellen, die eine Politik wie die in Locarno begonnene und die des Völkervertrages ermöglichen. Wir dürfen in der Außenpolitik nicht mehr eine passive Rolle spielen. Wir müssen jetzt der deutschen Gedankenwelt ein Altium einflößen, und zwar das, daß wir im Weltbunde arbeiten für die Wiederherstellung von ganz Europa. Die Strömungen, die im Zentrum um Geltung rängen, brauchen nicht zur Zerkümmung des Zentrums zu führen. Er sei bereit, die Hand zum Fre-

den zu bieten, doch müsse er eine Gewehr haben, daß die entlassenen Neubürger in der Zentrumspartei ungehindert sich betätigen, und ihr Bestreben zur Republik ausprechen können.

In einer kurzen Erwiderung auf die Ausführungen Dr. Wirth bemerkte Dr. Marr, er habe zu der Rede Wirths zu bemerken, daß er darin grundsätzliche Unterschiede überhaupt nicht sehe. Mar sei ihm nur das eine nicht, warum Dr. Wirth eigentlich erst aus der Fraktion ausgetreten sei.

Ministerialdirektor Dr. Schuler trat für eine Zentrumspolitik mit der Linken ein und wies darauf hin, daß die Wahlenpolitik in den letzten Jahren nicht gradlinig gewesen sei. Das Zentrum dürfe nicht nur erklären, es sei Verfassungskonferenz, sondern es müsse auch auf den Boden der Republik treten. Darauf nahm Reichsarbeitsminister Braun das Wort, um gegenüber Dr. Wirth die Politik der Zentrumspolitik zu verteidigen.

Am nächsten Abend fand die Parteitagung zwischen Dr. Wirth und Stegerwald. In einer Polemik gegen Dr. Wirth erklärte Dr. Wirth, es sei nicht ausreichend, wenn das Zentrum sich nur als Verfassungskonferenz bezeichne, ohne eine klare Stellung zur Frage der republikanischen Staatsform einzunehmen. Während Marr für das Reichsbanner eintrat, folgten die Parteimitglieder im Bande Entschlüsse gegen das Reichsbanner. Auch hier müsse Klarheit geschaffen werden. Er müsse es offen erklären: Ihr Zentrumslente, die Ihr Euch berufen fühlt, geht hinein ins Reichsbanner und führt den Bestand der deutschen Republik.

Die Paraphierung in Locarno.

Im Verlauf der Aussprache erklärte Reichsarbeitsminister Braun die Paraphierung des Vertrages von Locarno, es sei von Berlin ein Telegramm abgegangen, in dem um Hinanspruchnahme der Paraphierung gebeten wurde. Das Telegramm sei jedoch erst in Locarno angekommen, als die Paraphierung bereits vollzogen war. Von einem nachträglichen Widerspruch gegen die Paraphierung könne aber nicht die Rede sein.

Zum Fall Wirth empfahl Minister Braun, von der weiteren Debatte auszuschiden und die Behandlung dieser Frage den Parteimitgliedern zu überlassen. Reichstagspräsident Dr. Brüning betraf darauf eine Sitzung der Reichstagsfraktion ein.

Die Neuwahl des Vorstandes.

ergab die einstimmige Wiederwahl des Reichstagspräsidenten Dr. Brüning als Vorsitzenden der Gesamtfraktion. Der Parteivorstand setzt sich im übrigen folgendermaßen zusammen: Ehrenvorsitzende: Reichstagspräsident Dr. Brüning, Justizrat Mannig-Höhl, Präfekt Dr. Schöler-Freiburg, Stegerwald und Frau Ministerialrat Weber, M. d. R.

Die „Rückwirkungen“.

Eine Note der Völkervereinigung.

In der Note der Völkervereinigung über die Veränderungen des Besatzungsregimes im Rheinland wird einleitend erklärt, daß sich die an der Besetzung der Rheinlande beteiligten Regierungen entschlossen hätten, hinsichtlich dieser Besetzung alle mit dem Vertrage von Versailles vereinbaren Erleichterungen einzutreten zu lassen. Dann heißt es weiter:

Sie haben sich bereit, ihre Zustimmung zur Bestätigung eines neuen Reichskommissars zu geben; auch haben sie die deutsche Regierung wissen lassen, daß die Rheinlandkommission bereit ist, weitgehende Annehmlichkeiten zu treffen, in der Annahme, daß auch das Reich an der Besetzung der Rheinlande hinsichtlich der Behandlung der mit den Besatzungsbeamten in Verbindung stehenden Personen geben wird.

Außerdem ist die Rheinlandkommission mit der Ausarbeitung eines sehr weitgehenden Reformplans beschäftigt. Die Maßnahmen, welche die in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen ins Auge gefaßt haben.

und die teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der Rheinlandkommission zur Ausführung kommen werden, werden ein doppelt so großes Heer, einmal soll die Stärke der Besatzungstruppen erheblich herabgesetzt werden; ferner sollen im Rahmen des Rheinlandabkommens alle Maßnahmen ergriffen werden, um der deutschen Bevölkerung die freie Betätigung im besetzten Gebiet zu erleichtern.

Als Folge der Truppenvermehrung auf „annähernd normale Stärke“ wird die Freigabe eines Teils der beschlagnahmten öffentlichen Gebäude und sonstigen Wohnräume in Aussicht gestellt. Weiter wird die Abschaffung des Delegierten-Systems und die Herabsetzung der Bestimmungen über Gruppen von Fällen, die gegenwärtig zur Unabhängigkeit der Militärgerichtsbarkeit gehören, auf die deutsche Gerichtsbarkeit in Aussicht gestellt. Endlich sollen noch die geltenden Ordnungen einer Revision unterzogen werden.

Eine amtliche Erläuterung.

Deutscherseits wird zu dieser Note amtlich erklärt: Auf Grund der mit den Besatzungsmächten geführten Verhandlungen ist zur Erläuterung der vorhergehenden Note der Völkervereinigung zu bemerken, daß die Besatzungsmächte im einzelnen folgende Maßnahmen treffen werden:

1. Die Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone soll auf ein Maß herabgesetzt werden, daß sie künftig ungefähr dem normalen Stande, d. h. ungefähr der Stärke der deutschen Truppen entspricht, die dort im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges in Garnison standen.

2. Die Quartierkosten der Bevölkerung sollen u. a. dadurch vermindert werden, daß die zurzeit beschlagnahmten Schulen und Sportplätze und ebenso auch alle diejenigen Privatwohnungen freigegeben werden, die für die Besatzungstruppen nicht unbedingt benötigt werden.

3. Das System der Delegierten wird restlos beseitigt.

4. Das gesamte Ordnungsrecht wird einer abhässlichen Revision unterzogen. Die Ordnungen werden größtenteils aufgehoben oder gemildert. Von den bisher rlassenen 307 Ordnungen wird künftig nur ein geringer Bruchteil übrig bleiben. Jede Einmischung in die deutsche Verwaltung wird fortgesetzt.

5. Der Abbau der Ordnungen wird automatisch zu einer starken Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit führen, da diese die Zuständigkeit für alle Verbrechen gegen die Ordnungen im Anspruch nahm. Darüber hinaus wird der Umfang der Militärgerichtsbarkeit noch dadurch vermindert, daß ganze Kategorien von Fällen auf die deutsche Gerichtsbarkeit übertragen werden.

6. Die Verhandlungen über die beschleunigte Durchführung der Reform der Besatzungsregimes werden von dem neu bestellten Reichskommissar für die besetzten Gebiete sofort mit der Rheinlandkommission aufgenommen werden.

Zentrum und Staatsform.

Die Beschlüsse des Kaiserlichen Parteitag. Der Reichsparteitag der Zentrumspartei in Kassel fand seinen Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer Entschlüsse, in der der Parteitag feststellte, daß in allen wichtigen Fragen Übereinstimmung bestehe. Parteivorstandiger Marx fügte zu sich hinzu, daß der Umstand, daß Wirth wieder in den Parteivorstand gewählt worden sei, die Grundlage wäre für weitere Verhandlungen, die zu einer Verständigung und zu einer auch formalen Zusammenarbeit mit der Partei führen werden.

Zur Frage der Staatsform wurde einstimmig beschlossen:

„Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staats- und Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Beachtung jeder Staatsform, in der dieser Begriff seine Verwirklichung finden kann. Diese Beachtung muß sich aber in positiver Mitarbeit ausdrücken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, entschlossene, positive Einstellung zur Staatsform um so mehr geboten, je abhängiger die Staatsform vom Willen des Volkes ist.“

Zumit bedeutet sich die Zentrumspartei zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist, und deren Schutz und Durchbringung mit christlichem Geist sie als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet.“

Weiter wurde eine baldige und zeitgemäße Angelegenheit des jetzigen Wahlrechts für notwendig erklärt. Durch ein neues Wahlrecht soll wieder eine engere Verbindung der Abgeordneten mit den Wählern hergestellt werden.

Das Zentrum für Locarno.

Einstimmig angenommen wurde schließlich eine außenpolitische Entschlüsse, in der es heißt: „Im Vertragswerk von Locarno erblicken wir den Anfang einer friedlichen Zusammenarbeit der Nationen. Der Eintritt in den Völkervereinigungsländer vor die schwere Aufgabe, seine nationale Freiheit, seine Selbstbestimmung, die endgültige Lösung deutscher Lebensfragen am Rhein wie im Osten in mitten der Solidarität der im Völkervereinigungsländer mit offenen Armen zu erheben und sicherzustellen. Diese Politik vermag die Zentrumspartei nur an der Seite der Parteien durchzuführen, die gleich ihr entschlossen sind, diesen Weg aufrecht und ohne Rücksicht zu gehen.“

Notenwechsel mit dem Völkervereinigung.

Berlin, 19. Novbr. Im Anschluß an die bereits veröffentlichten Noten der Völkervereinigung über die Rückwirkungen und die Entwaflnung wird nunmehr der jüngste Notenwechsel mit der Völkervereinigung über die restlichen Entwaflnungsforderungen veröffentlicht.

Aus diesen Schriftstücken ergibt sich, daß sich die Verhandlungen in der Hauptfrage auf die Forderung erstreckt haben. Die jetzt getroffene Regelung bewegt sich in der Richtung, daß die Polizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden allgemeinen beamtetenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der nur für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. Hinsichtlich der Amtsbezeichnungen der Polizeibeamten sowie hinsichtlich der Kasernierung wurde den politischen Forderungen der deutschen Länder Rechnung getragen.

Urteil im Bothmer-Prozeß.

Wegen zehnfachen Diebstahls ein Jahr Gefängnis.

Am Dienstag gegen 12 Uhr nachts wurde nach vierstündiger Beratung das Urteil im Bothmer-Prozeß verkündet. Es lautete wegen Diebstahls in vier Fällen gegenüber Frau Sommer und in sechs Fällen gegenüber dem Landwirt (Spezialbedienten auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Hierbei fallen auf die Bothmer Diebstahle vier Monate und auf die Sommer Diebstahle acht Monate.

Der von der Verteidigung gestellte Haftentlassungsantrag war vom Gericht abgelehnt worden. Die Angeklagte hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt, die Gräfin sei nicht in einer Not gewesen, die als strafmildernd angesehen werden könne. Leichtsin und Pflichtvergessenheit seien ihr zum Verhängnis geworden. Die Gräfin nahm das Urteil mit den Worten auf: „Morgen früh werde ich nicht mehr leben.“

Zigeunererschlag.

Frankfurt a. M., 19. November. Unter den Mitgliedern einer beim Vorort Eckenheim lagernden Zigeunerbande ist in der vergangenen Nacht ein blutiger Streit entbrannt. Einem Zigeuner wurde die Kehle durchschnitten, so daß er nach wenigen Minuten verblutet war, ein zweiter wurde lebensgefährlich verletzt. Zahlreiche andere kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Polizei hat 20 Zigeuner verhaftet und ins Polizeipräsidium eingeliefert.

Die Liebererung Nichtstotens.

Berlin, 19. Novbr. Gestern Abend traf auf dem Potsdamer Bahnhof die Leiche des Kampfpielers vom 1. Reichshofen, die aus dem Grabe auf dem Soldatenfriedhof von Breunert in der Nähe von Albert ausgegeben wurde, ein. Am Freitag erfolgt hier auf dem Zwaldenriedhof die feierliche Beisetzung.

Wir empfehlen uns zur Lieferung von: **Kanholz nach Listen** Stollen - Spalier- und Dachlatten **Fußboden** mit und ohne Nut und Feder **Rauhspund, Zuspleissen, Lambeholzholz, Schalholz** **Tischlerholz** An- u. Verkauf von Rund- u. Brennholz jeder Art **Lohnschnitt** Billigste Tagespreise auf Anfrage. **Heinz & Salzmann** Fernruf 2 Spangenberg Fernruf 2

Zurn- Verein **„Großer Mut“** Sonnabend, den 21. ds. Mis. abends 8 1/2 Uhr findet eine **Versammlung** statt. Tagesordnung: 1. Gestaltung der Weihnachtfeier. 2. Ganturtag. 3. Kaffeeieren der rückständigen und fälligen Beiträge. 4. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Käßmer, 1. Vorsitzender. **Kommunallandtags- und Kreistagswahl.** Die Wahlen zum Kommunallandtag und Kreistag finden am Sonntag, den 29. November 1925, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt. Auf die im Schlußfalten des Erdgeschosses des Rathhauses ausgehende Bekanntmachung wird hingewiesen. Spangenberg, den 17. 11. 25. **Der Magistrat, Schier.** V 3893

Prima Rindfleisch a Pfd. 90 Pfg. **Fr. Söhre & Co. Handel** Freitag, den 20. d. Mis Nachm. 3 Uhr werde ich an Ort und Stelle in Spangenberg bei ein Salonpfeife, ein Tisch, u. ein Tafelkabinet, öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern. Kaufliebhaber wollen sich um 2 1/2 Uhr in Ratskellere finden. **Gerhardt, Obergerichtsschreiber.** **Gemischter Chor** Heute Donnerstagabend **Gesangsstunde** Der Vorstand. **Kaisers Brüst Caramellen** Seit 35 Jahren bewährt gegen **Husten, Heiserkeit u. Katarrh** 7000 noch beglaub. Zeugnisse. **Paket 40 J Dose 90 J** Zu haben bei **Richard Mohr** und wo Plakate sichtbar. **Inferieren bringt Gewinn!**

Ata **Henkel's Scheuerpulver** Gebrauche Ata - und im Haus. Nichts stets bei Dir wie Sonntag auch. Mit Ata kannst Du alle Sachen blitzblank und appetitlich machen. **Ata putzt und scheuert alles!**

Spiegel **Zeiger für** **Druck** **Nr. 138.** **Die Stahl** **So auch ein** **Es muß nur** **An eines a** **Von** **Handen** **Die** **Anschluß an die** **berden der Länd** **träge von V** **lands in den V** **das große Ereign** **Wohne wird sich r** **lage zu beschädi** **einer großen M** **stetig die Lage** **die Entscheidung** **was innerpolit** **achno ergeht** **der Reichsregier** **als ein Lieberg** **einrichtung de** **mit eine Erneu** **die diese zu er** **den in Frage** **eingeleitet** **tage des Zent** **Wirkpunkt des** **ausdrücklich de** **Parteitag einm** **trahenparteitag** **benannte. Den** **ungen der Pa** **Einigung noch** **Dr. Wirths in** **nach nicht erfol** **wenden.** **Durch die** **ten über die** **leichterung d** **weise Klarheit** **nach dunkel g** **sondere die K** **wird identisch** **nach der Reich** **der Rheinlan** **gen werden gr** **den, wenn au** **Entscheidend** **nungen gehan** **den Besetzung** **caum lassen** **ständig am P** **Bon dem** **ligten Maße** **ung des Pa** **und erhalten.** **auch die Dyp** **liberalen sah** **welchen groß** **belegen.** **Die fra** **die Verhand** **bruch genom** **nach nicht 6** **parzausehuf** **heit für e** **hätte, soll je** **fallen, bei d** **Minzvorla** **abinetts J** **In P** **Ergebnis, e** **sein erster** **schall Kata** **Nachdem zu** **den Strayn** **schließlich i** **teiführer u** **ergiebt. D** **tralen im** **torak nicht** **nister Str** **wo ihn der** **netzt/dun** **langer Dur** **Partei**